

Veröffentlichungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Bezugspreis: 210 Mk. vierteljährlich, 70 Mk. monatlich inklusive Postgeb.

Briefetal-Bote

Angekauft werden in der Hauptgeschäftsstelle in Birkenwerder Bahnhofs-Platz 5, angenommen. Die einpaltige Postkarte kostet 25 Mk.

für die Gartenstadt Frohnau.

Publikationsorgan für Behörden, Vereine, Geschäftsleute usw.

Erscheint als Amtsblatt „Briefetal-Bote“ für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briele, Lehntz, Stolpe für ehemal. Hofjagdbrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend.

Fernsprecher Amt Birkenwerder Nr. 5.

Postfach-Nr.: Berlin 62 448.

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Nr. 45.

Donnerstag, den 19. April 1923.

5. bezw. 22. Jahrg.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Gefunden: Eine Brieftasche mit Inhalt und eine Frühstücks-tasche für Kinder.

Der Jagdvorsteher macht bekannt:

Neue Jagdeinteilung.

Infolge Bebauung, Verzapflerung in Kleingärten und Einschränkung dieser kann die Jagd im Gemeindebezirk nur noch auf den Havelwiesen ausgeübt werden. Diese müssen, da sie nicht einen Flächenraum von 75 ha umfassen, einem anderen Jagdbezirk zugeteilt werden.

Ich habe diese Flächen, im Einverständnis mit dem Jagdvorsteher des Eigenjagdbezirks Niederheide, diesem angegeschlossen. Die Beschlüsse und die Vereinbarung der Pachtensfähigkeit liegen vom 17. d. Mts. ab zwei Wochen lang im Gemeindebüro — Zimmer 9 — öffentlich aus.

Während der Auslegungsrufe kann jeder beteiligte Grundbesitzer beim Kreisassessor des Kreises Niederbarnim zu Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5, gegen sie Einspruch erheben.

Allgemeine Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 1. April 1923 ist die Verwaltung der Beförderungsteuer (Gesetz über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs vom 8. April 1917) auf die Finanzämter übergegangen, was hierdurch zur Kenntnis und Beachtung im einzelnen Falle gebracht wird.

Berlin, den 13. April 1923.

Finanzamt Niederbarnim.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

1 silbernes Armband, 1 Armbanduhr als verloren gemeldet. Hohe Belohnung wird zugesichert.

Birkenwerder, den 18. April 1923.

Der Amtsvorsteher. J. u. g.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Die Wilhelmstraße in Bergfelde wird wegen Instandsetzung wegen einer Unterführung auf einige Tage gesperrt.

Bergfelde, den 18. April 1923.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Die Ausgabe der Protokollen erfolgt am Sonnabend, den 21. d. Mts. und zwar für das alte Dorf von vorm. 8—12 Uhr im Gemeindebüro und für den Bahnhof und die Kolonie von nachm. 3—4 Uhr bei Hertel.

Borgsdorf, den 18. April 1923.

Der Gemeindevorsteher. Rodewald.

Kurze Nachrichten.

Die Reichsregierung hat die Frage des Erlasses eines Hypotheken-Sperrgesetzes nunmehr dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung unterbreitet.

Zur Erinnerung an die Einsetzung der Nationalversammlung 1848 am 18. Mai sollen der „Frankfurter Zeitung“ zufolge am gleichen Tage Feste in der Paulskirche und auf dem Römerberg veranstaltet werden. Man erwartet das Erscheinen des Reichspräsidenten und verschiedener anderer Minister.

Der Ausschuss des preussischen Landtages für die Städteordnung beschloß, daß die für die Bürgermeister und Magistratsmitglieder erforderliche juristische Vorbildung erst in Städten von 25 000 Einwohnern an nötig sein soll. Die Amtsdauer der Bürgermeister und besoldeter Magistratsmitglieder wurde auf 12 Jahre festgelegt.

Der Kölner Rheinlandkommissar läßt jetzt, wie vorauszu sehen war, die Behauptungen Dortens dementieren, daß die englische Besatzung während des Kapp-Putsch mit Angeboten an die rheinischen Sonderbündler herantretten wäre. Colonel Ryan habe keinerlei Beziehungen zu Dortens oder dessen Partei unterhalten.

Der Tempel veröffentlicht eine Erklärung des belgischen Ministerpräsidenten, in der es u. a. heißt: Hinsichtlich Deutschlands nimmt unser Druck täglich zu. Tag für Tag arbeiten wir daran, ihn so wirksam wie möglich zu machen. Wir haben soeben in Paris dazu entscheidende Schritte unternommen. Von Anfang an waren unsere beiden Länder entschlossen, den Kampf bis zum Ende zu führen. Ich kann nicht sagen, daß diese Entscheidung befestigt wurde, daß wäre zu viel gesagt, so wurden lediglich miteinander in Einklang gebracht.

Der deutsche Reichskommissar

aus dem Rheinland gewaltsam entfernt.

Dem Reichskommissar für die befestigten rheinischen Gebiete, Fürsten von Hagenfeld-Wildenburg, ist vom Präsidenten der Internationalen Rheinlandkommission eine Note übergeben worden des Inhalts, daß die Aufrechterhaltung eines Reichskommissariats für

die besetzten Gebiete die Autorität der Rheinlandkommission und die Ausführung ihrer Verordnungen beeinträchtigt, und daß daher die Mission des Reichskommissars als beendet betrachtet werden müsse. Fürst Hagenfeld hat sofort Einspruch erhoben unter Hinweis darauf, daß das Abgremet zu seiner Ernennung nicht von der Internationalen Rheinlandkommission, sondern von der Reichsregierung erteilt worden sei und daß er demgemäß der Rheinlandkommission nicht das Recht zuerkennen könne, seine Mission für beendet zu erklären.

Notwendigkeit einer Intervention.

Dr. Lee, ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, der Rockefeller nahesteht und im Auftrag bedeutender amerikanischer Finanzleute nach Deutschland gereist war, hatte während seiner Anwesenheit in Berlin Gelegenheit, sich mit Reichsanwalt Dr. Cuno, Reichsaußenminister Hofmann, Kaiserlich, Stinnes, Deutsch und anderen führenden Persönlichkeiten zu unterhalten. Kurz vor seiner Abreise nach Genf sagte Lee in einer Unterredung u. a. folgendes: „Der Ruhrstreik ist meiner Auffassung nach auf einen toten Punkt gelangt. Durch den Kampf an der Ruhr werden Werte vernichtet und große Geschwunden aufgelegt, die zu Reparationszwecken verwandt werden könnten. Ich sehe vorläufig keine Aussicht auf Beilegung des Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland. Die führenden Männer Deutschlands scheinen mir fest entschlossen gegen jedes Nachgeben ebenso wie die französischen Staatsmänner. Deshalb halte ich eine freundliche Intervention für notwendig, um diesen Streit aus der Welt zu schaffen und einen endgültigen Frieden im Interesse Europas und der Welt herbeizuführen.“

Ein weißer Raub.

Bei einer Besprechung der französischen „Reparationspläne“ kommt der Finanzpolitiker der sozialistischen Kammerfraktion, Abgeordneter Vincent Auriant, zu der Schlussfolgerung, gewisse französische Kreise seien von dem eifrigen Wunsch befeuert, daß Frankreich recht lange der Gläubiger Deutschlands bleibe, ja, daß Deutschland nie bezahle, damit Frankreich die Besetzung vorziehen könne und in dieser Form einer durch gerechtfertigten Vergeltungen gerechtfertigten ständigen Besetzung die tatsächliche Annexion der seit langem bekehrten Gebiete erreiche. Die Besetzung aber werde ein großes Veresbudget rechtfertigen und den Haß und die Revanchestimmung wachhalten. Morgen Ruinen, übermorgen Krieg, das sei das Programm, das gewisse, von mir weiß wenn geleitete und kommandierte Männer heute zu verheißt wagen.

Bewüstung und Schadenersatz.

Aus Stockholm wird gemeldet: In einer Rede in Norrköping sprach Professor Gafvel über Bewüstung und Schadenersatz und äußerte dabei, die durch den Krieg verursachten Bewüstungen seien geringfügig, verglichen mit denen, die durch die Vergewaltigung des deutschen Herzogtums wurden. Die jetzige Schadenersatzleistung, die 20 Millionen Menschen zum Hungertode verurteilt, habe mit Zivilisation nichts zu tun. Das Problem der Bewüstungen mit Schadenersatzforderungen lösen zu wollen, sei fahrlässig. „Zu allererst ist notwendig, mit weiteren Bewüstungen aufzuhören. Gelingt das, so werden wir bald besseren Zeiten entgegensehen. Durch die Ruhrbesetzung wird Deutschlands letzter Lebensnerv durchschnitten. Deutschland kann kein neues Angebot machen und hat zurzeit überhaupt kein Zahlungsvermögen.“

Ratsschlüsse an Deutschland.

Die liberale Londoner „Westminster Gazette“ schreibt zu der Rede Poincarés in Dänemark: Sie fördert die Lösung der zwischen Frankreich und Deutschland strittigen Fragen nicht merklich. Poincaré habe die Belgier ergriffen, um eine Anzahl von Dingen zu sagen, die in der augenblicklichen Lage belanglos seien und habe die einzige Frage unberücksichtigt gelassen, die dringend geklärt werden muß, nämlich den von Frankreich geforderten Betrag.

Poincaré beanstandet die Trauerrede Cunos.

Die französische Regierung hat an die Reichsregierung eine Note wegen der Rede des Reichsanwalters bei der Trauerfeier für die Offener Wulpioter gerichtet. Wie verlautet, protestiert Poincaré über eine Wendung in der Rede, in der der Kanzler von „feindlichen Nationen“ sprach. Es steht bisher noch nicht fest, ob die Note überhaupt beantwortet wird.

Frankzösische Elerdiebe.

Auf der Station Weiskirchen auf der Strecke Frankfurt—Wien der Höhe (Hamburg) erschienen französische Soldaten und nahmen eine baldschindige Untersuchung des Personenzuges 2004 nach Hamburg von der Höhe vor. Bei zwei Reisenden wurden Körbe, die Eier enthielten, beschlagnahmt. Ein anderer Reisender, der sich über die Maßnahme abfällig äußerte, wurde verhaftet und nach Königstein abgeführt.

Eisenbahnerwohnungen als Ställe!

Wie aus Trier gemeldet wird, dienen die Wohnungen der Eisenbahner in Trier-West bei Euren, die am 7. April von den Spahis in besonders brutaler Weise geräumt worden waren, jetzt als Ställe für die Pferde der Spahis.

Verhärfung der Lage im Ruhrgebiet.

Aus gutunterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes wird mitgeteilt: Nach den in Offen vorliegenden Nachrichten über die Pariser Konferenz ist mit einer weiteren Verhärfung der Lage im Ruhrgebiet zu rechnen. Der steigende Druck der Besatzung machte sich auch in der vergangenen Woche in verschiedenen Maßnahmen und Verordnungen der Besatzungstruppen bemerkbar. Seit Montag morgen ist in verstärkter Weise die Verordnung des Generals Feguette über die Kontrolle der Kohlenfahrzeuge durchgeführt. Auch die übrigen Verordnungen, die geeignet sind, die allgemeine Verlethelage im Ruhrgebiet zu erschweren, werden durchgeführt. Dazu kommt, daß die Besetzung der Zechen eine weitere Ausdehnung erfahren hat. Auch für diese Woche muß noch mit neuen Zechenbesetzungen gerechnet werden.

Des gemeinen Münzverbrechens schuldig.

Der Versuch, die in der Bekanntmachung des Reichsbank-Direktoriums vom 13. April bezeichneten, in Wülheim (Ruhr) von den französischen Besatzungstruppen beschlagnahmten Banknoten als gültige Banknoten in Verkehr zu setzen, ist am Sonnabend von französisch-belgischer Seite in Köln a. Rh. gemeldet worden. Die Banque Belge hat dabeilist 400 Millionen belgischen Francs im Umlauf des Reichsbankhaushaltsstelle mit dem Ersuchen um Unterschrift des Betrages vorgelegt. Selbstverständlich wurde die Unterschrift abgelehnt. Die vorgelegten Stücke sind im Wege der Durchsichtung unbrauchbar gemacht worden.

Ausplünderung der Erwerbslosen.

Kurze Zeit, nachdem Montag vormittag eine größere Summe Geldes in die Räume der Arbeitslosenfürsorge im Kunstgewerbemuseum in Düsseldorf gebracht worden war, wurden die Franzosen dort ein und nahmen 2 1/2 Millionen Mark fort. Der Kassierer und der Kassenhelfer wurden mitgenommen. Man suchte sie zu Auslagen zu bewegen, ließ sie dann aber wieder frei. Dem Kassierer legte man eine französisch-geschriebene Erklärung vor, wonach es sich nicht um Geld der Erwerbslosenunterstützung, sondern der Rhein- und Ruhrflöße handele, was er aber nicht geneigt habe. Der Kassierer, der zufällig französisch verstand, verweigerte die Unterschrift unter dem Hinweis, daß es sich tatsächlich um Erwerbslosenunterstützung handle. Die Franzosen haben auch die Listen der Erwerbslosen und die Kartei mitgenommen.

170 Bahnhöfe besetzt.

Ueber die Besetzungslage im Ruhrgebiet ist folgendes zu berichten: Von den 206 Bahnhöfen des Ruhrgebietes sind im ganzen 170 von den Feinden besetzt. Auf 60 von diesen ruht der deutsche Betrieb, während die übrigen besetzten Bahnhöfe noch immer in deutschem Betriebe sind. Von den 60 der deutschen Betriebsleitung untergebenen Bahnhöfen werden 44 in mäßigem Zugverkehr von den Gegnern befahren, zehn liegen still, auf sechs ist der Betrieb infolge Besetzung angrenzender Strecken lahmgelegt. Am Rande des besetzten Gebietes sind 8 Kontrollstellen im Geseuer und 4 im Oberfelder Bezirk eingerichtet. Im altbelgischen Gebiet werden die Franzosen, in den Verloren- und Güterverkehr eine gewisse Regelmäßigkeit zu bringen. Ihre Märsche hat eine Bekanntmachung im südlichen Bezirk anzuzeigen lassen, wonach sie den Reise- und Gepäcksverkehr sowie die Beförderung von Gut und Frachtgütern in Wagenladungen übernommen habe.

Polnische Denkmalschändung.

In Katowitz soll an der Stelle, wo das Denkmal Kaiser Wilhelms I. stand, ein solches für die polnischen Ausplünderer in Oberfließen errichtet werden. Ebenso werden diese ein Denkmal in Laurabütte erhalten.

106,2 Milliarden neue Banknoten.

In der letzten am 7. April abschließenden Berichtswochen ist die Notwendigkeit für die Reichsbank, neue Banknoten auszugeben, geringer geworden als in den Vorwochen. Die Neuausgabe belief sich auf 106,2 Milliarden ein Betrag, der seit dem 16. Januar noch in jeder Berichtswochen wesentlich überschritten wurde. Der Gesamtnotenumlauf beträgt jetzt 5624,1 Milliarden Mark.

Preussische 332-Millionen-Anleihe.

Das preussische Staatsministerium hat jetzt dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Deckung von Ausgaben im Haushalts für das Rechnungsjahr 1923 zugehen lassen, durch das der Finanzminister ermächtigt werden soll, zur Deckung der Ausgaben eine Anleihe in Höhe von 332 295 886,00 Mark aufzunehmen.

Gemeinschaftsschule und Religion.

Der Reichstagsausschuss für Bildungswesen nahm beim Reichstagsaufgeh ein Antrag der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei an, der bestimmt, daß die Gemeinschaftsschule den Lernerfolg auf religiös sittlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Verhältnisse einzelner Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam erteilen soll. Insbesondere soll die Gemeinschaftsschule die aus dem Christentum erwachenden Werte der deutschen Volkskultur unterrichten und ersichtlich lebendig machen. Der Religionsunterricht soll nach Bekenntnissen getrennt erteilt werden.

Kommerzienrat Hoefich †.

Am 12. April ist Geh. Kommerzienrat Wilhelm Hoefich im Alter von 77 Jahren verstorben. Das Lebenswerk des raffines tigen Mannes stellt sich in dem Eien- und Stahlwerk Hoefich dar, das er aus bescheidenen Anfängen mit zu seiner heutigen Bedeutung h-raufführen half.

Birkenwerder.

Die Freiwillige Feuerwehre wird morgen, Donnerstag abend 8 Uhr bei Balzer über die 50-jährige Hauptversammlung abhalten. Außer den aktiven und passiven Mitgliedern erwartet man vor allen Dingen einen großen Besuch aus der hiesigen Einwohnerschaft. Die Feuerweh, die bekanntlich im Falle der Not und Gefahr jedem Einwohner schnell zur Seite steht, kann mit Recht ein größeres Interesse beanspruchen. Aus dem Jahres- und Kassenbericht werden die Versammlungsbesucher ein klares Bild erhalten über die rastlose Tätigkeit unserer Wehr. Mögen diese Zeilen unsere Einwohnerschaft an ihre Pflicht erinnern.

Dollarhand vom Dienstag nachm.: 22 988.